

CDU-Fraktion, Lokstedter Weg 24, 20251 Hamburg

An den
Regionalausschuss
Fuhlsbüttel-Langenhorn-Alsterdorf

23.11.2011

ANTRAG

Betreff: Nachbarbezirk plant neue Asylbewerberunterkunft direkt an der Bezirksgrenze – die betroffenen Bürger und die Kommunal- politik müssen beteiligt werden

Sachverhalt:

Der SPD-Senat und das Bezirksamt Wandsbek planen die Einrichtung einer Asylbewerberunterkunft mit 50 bis 70 Plätzen, in direkter Nachbarschaft zu einer Schule, einer Kita und sehr dicht besiedeltem Wohngebiet. Die Unterkunft soll in einem leer stehenden Gebäude am Ende der Flughafenstraße entstehen – dieser Teil der Straße liegt wenige Meter hinter der Bezirksgrenze, im Stadtteil Hummelsbüttel und damit nicht mehr im Bezirk Hamburg-Nord, sondern im Bezirk Wandsbek. Dies scheint Grund genug für die Verwaltung zu sein, die Kommunalpolitik und die betroffenen Bürger im direkten angrenzenden Bezirk Hamburg-Nord außen vor zu lassen.

Anlass für den Ausbau sind steigende Flüchtlingszahlen und Schätzungen, dass bis zu 500 zusätzliche Unterkunftsplätze benötigt werden. Die Bezirke haben daraufhin Standortvorschläge mit 1347 Plätzen unterbreitet. Deutlich mehr als erforderlich. Demnach würde auf den Bezirk Hamburg-Nord mit 260 Plätzen das zweitgrößte Kontingent (nach Bergedorf mit 362 Plätzen) entfallen. Da die geplante Unterkunft in der Flughafenstraße direkt an den Bezirk Hamburg-Nord angrenzt, können diese 70 Plätze realistisch betrachtet auch dem Kontingent an Unterkunftsplätzen in Hamburg-Nord zugerechnet werden.

Natürlich müssen bei steigenden Flüchtlingszahlen die Plätze für eine angemessene Unterkunft ausgebaut werden – daran müssen sich alle Bezirke beteiligen. Unumgänglich ist jedoch, dass dies mit einer frühzeitigen und transparenten Beteiligung von Bürgern und Kommunalpolitik einhergeht. Es kann nicht sein, dass nur, weil ein Gebäude 20 Meter hinter einer Bezirksgrenze liegt, die betroffenen Anwohner und die Kommunalpolitik im Nachbarbezirk außen vor gelassen werden.

Vor diesem Hintergrund möge der Regionalausschuss beschließen:

1. Das Bezirksamt wird gebeten, zur nächsten Sitzung über die aktuellen Planungen und offenen Fragen in dieser Sache (was waren die Kriterien für die Standortwahl, wann wird die Einrichtung in Betrieb genommen und für wie lange, wann werden die benachbarten Bewohner in Kenntnis gesetzt, wie viele Plätze sollen letztendlich geschaffen werden, welche Kosten werden veranschlagt und wie wirkt sich das auf die weiteren

bestehenden bzw. geplanten Unterkunftsplätze im Bezirk Hamburg-Nord aus) im Regionalausschuss zu berichten.

2. Das Bezirksamt wird gebeten hierzu Vertreter der zuständigen Fachbehörde und des Bezirksamtes Wandsbek einzuladen, damit Sie über den aktuellen Planungsstand in ihrer Zuständigkeit und offene Fragen in dieser Sache (was waren die Kriterien für die Standortwahl, wann wird die Einrichtung in Betrieb genommen und für wie lange, wann werden die benachbarten Bewohner in Kenntnis gesetzt, wie viele Plätze sollen letztendlich geschaffen werden, welche Kosten werden veranschlagt und wie wirkt sich das auf die weiteren bestehenden bzw. geplanten Unterkunftsplätze im Bezirk Hamburg-Nord aus) im Regionalausschuss berichten.

Gisela Busold

Tobias Lücke